



Landeshauptstadt München
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
HA I Stadtentwicklungsplanung
Abteilung 5 PlanTreff - Öffentlichkeitsarbeit
Koordinationsstelle Bürgerschaftliches Engagement
Blumenstraße 31
80331 München

Eingangsvermerk des Referats für
Stadtplanung und Bauordnung (bitte
nicht beschriften)

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement

Anträge müssen mindestens sechs Wochen vor Beginn der Maßnahme/des Projekts bei der im
Anschreibenfeld genannten Dienststelle vorliegen, um gefördert werden zu können (Ziffer 3.1.5 der
Zuwendungsrichtlinien). Bitte beachten Sie beim Ausfüllen unbedingt die Erläuterungen zum Antrag und
die Zuwendungsrichtlinien!

Datum:

1. Angaben

Antragsstellende/r Körperschaft, Verein, Initiative, Gesellschaft, etc.

Postanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl)	Telefon / E-Mail-Adresse

Rechtsform (gem. Ziffer 2 der Richtlinien)

- a) natürliche Person
b) juristische Person (z. B. e.V., gGmbH) (*bitte Registerauszug/Vereinssatzung beilegen*)
c) sonstige nicht rechtsfähige Vereinigungen (Initiative, nicht eingetragener Verein, Gruppe etc.)

bitte beiliegende Haftungserklärung ausgefüllt beilegen

nur bei b) und c): Vertretungsberechtigte/r

Name, Vorname:	Telefon (tagsüber)
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort:	E-Mail-Adresse:
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Zweck/Zielsetzung des Vereins, der Gruppe, der Initiative bzw. Gesellschaft
<input type="text"/>

2. Verwendung des Zuschusses (gemäß Ziffern 3 und 5 der Zuwendungsrichtlinien)

Titel der Maßnahme:

Zeitraum der Maßnahme (Beginn – Ende):

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Der Zuschuss wird beantragt für (**kurze Beschreibung**, ggf. Beiblatt beifügen):
Bitte Veranstaltungsort sowie geschätzte Teilnehmenden-/ Besucher*innenanzahl angeben, ggf. Programm beifügen.

<input type="text"/>

2.1 Zuwendungen Dritter

Wurde/wird bei anderen zuwendungsgebenden Stellen für diese Maßnahme ebenfalls ein Antrag auf Zuwendung gestellt?
(ggf. gesondertes Blatt verwenden)

- nein ja; falls „ja“ ist eine Abgrenzung der Kosten und Leistungen durch Aufschlüsselung der Kostenstellen erforderlich (siehe Seite 8 und Erläuterungen zum Antrag)

Falls ja – bitte hier eintragen:

Antragsdatum	Stelle(n)

3. Gesamtfinanzierung der zu fördernden Maßnahme

Sind Sie bei der beantragten Maßnahme vorsteuerabzugsberechtigt?

- ja nein falls ja, bitte Netto-Beträge angeben

a) Voraussichtliche Ausgaben (geschätzt)

	vom Antragsteller bzw. von der Antragstellerin auszufüllen		nur vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung auszufüllen
Personalausgaben (Aufschlüsselung ist vorzulegen)		€	
Ausgaben für Honorarkräfte (Aufschlüsselung ist vorzulegen)		€	
Sachkosten (Einzelpositionen gem. beigefügtem Kostenvoranschlag bzw. detaillierter Kostenaufstellung)		€	
		€	
		€	
		€	
		€	
Gesamt		€	

b) Voraussichtliche Deckungsmittel (gem. Ziffer 9 der Richtlinien)

Einnahmen (z.B. Eintritt, Programmverkauf, Werbung, Teilnahmebeträge, sonst. Erlöse)	<input type="text"/>	€	
Eigenmittel (in angemessener Höhe zu den voraussichtlichen Gesamtkosten - Festbetrag, nachträglich nicht reduzierbar)	<input type="text"/>	€	
Zuwendungen Dritter (z.B. andere Dienststellen, Stiftungen etc.)	<input type="text"/>	€	
Gesamt	<input type="text"/>	€	

Bewilligter Zuschuss:

c) Beantragte Zuwendung = (Ausgaben abzüglich Deckungsmittel)	<input type="text"/>	€	<input type="text"/>	€
--	----------------------	---	----------------------	---

Im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit werden wir auf die Förderung durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hinweisen (gem. Ziffer 3.1.6 der Richtlinien), durch:

- die Verwendung eines Zusatzes auf Flyern, Plakaten, Einladungskarten, Programmheften etc., z.B. „mit freundlicher Unterstützung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München“
- auf unserer Homepage (sofern die Antragsstellerin/der Antragssteller eine Homepage betreibt)

unter gleichzeitiger Verwendung des städtischen Logos, sofern zu letzterem die drucktechnische Möglichkeit besteht.

4. Bankverbindung

Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger (z.B. Verein) oder Kontoinhaberin / Kontoinhaber (falls kein eigenes Konto vorhanden ist)

<input style="width: 95%; height: 20px;" type="text"/>	<input style="width: 95%; height: 20px;" type="text"/>
--	--

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Geldinstitut

IBAN (Angabe unbedingt erforderlich)

BIC

Erklärungen über die Einräumung des uneingeschränkten Prüfungsrechts

Es wird anerkannt, dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung berechtigt ist, im Falle der Bewilligung von Zuwendungsmitteln Überprüfungen bei der Zuwendungsempfängerin / dem Zuwendungsempfänger durchzuführen. Das Revisionsamt der Landeshauptstadt München und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband sind berechtigt, die bestimmungsgemäße Verwendung der von der Landeshauptstadt München gewährten Mittel durch die Einsicht in die Bücher und Belege in den Räumen der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers oder in den Diensträumen der Prüfungsinstanzen durchzuführen.

Die oben genannten Prüfungsinstitutionen sind berechtigt, Dritte als Sachverständige zur Prüfung heranzuziehen.

Soweit es die jeweils prüfende Stelle zur Erfüllung des Prüfungszwecks für erforderlich hält, kann die Prüfung auch auf die sonstige Geschäfts- und Wirtschaftsführung der Zuwendungsempfängerin / des Zuwendungsempfängers ausgedehnt werden.

Erklärung zum Gender Mainstreaming

Gender-Mainstreaming – die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit – ist eine gesellschaftspolitische Grundsatzaufgabe, welche die Landeshauptstadt München und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung aktiv unterstützen. Hiermit wird bestätigt, dass die Antragstellerin bzw. der Antragsteller die Grundsätze des Gender-Mainstreaming in angemessener Weise berücksichtigt. Dies bedeutet auch, dass bei Verwendung von Zuwendungsmitteln das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit (Gender-Budgeting) zu Grunde gelegt wird.

Erklärung zum Kinder- und Jugendschutz

Sofern im Rahmen der zu fördernden Projekte Aktivitäten mit Minderjährigen beinhaltet sind, verpflichtet sich die Antragsstellerin / der Antragssteller im Falle der Förderung:

- a) durch ein erweitertes Führungszeugnis sicherzustellen, dass sie / er keine Fachkräfte im Bereich der Arbeit mit Minderjährigen beschäftigt oder vermittelt, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 181a, 182 bis 1843 oder § 225 Strafgesetzbuch verurteilt wurden.
- b) Beschäftigte einschließlich freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Honorarkräfte sowie ehrenamtlich Tätige, die regelmäßigen oder nicht nur kurzfristigen Kontakt zu Minderjährigen haben, in diese Maßnahmen einzubeziehen
- c) Personen, von denen der Zuwendungsempfängerin / dem Zuwendungsempfänger bekannt sind, dass die nach den o.g. Paragraphen rechtskräftig verurteilt wurden, unverzüglich von den Aktivitäten auszuschließen. Die Zuwendungsempfängerin / der Zuwendungsempfänger erklärt, dass sie bzw. er selbst nicht rechtskräftig wegen einer Straftat nach o.g. Paragraphen verurteilt wurde.

Erklärung zur finanziellen Situation der Antragstellerin bzw. des Antragstellers

Hiermit wird bestätigt, dass die/das beantragte Maßnahme/Projekt aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Antragstellerin bzw. des Antragstellers ohne Unterstützung durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nicht oder nicht im notwendigen Umfang finanziell gesichert bzw. zu realisieren wäre und dass die Realisierung noch nicht begonnen wurde.

Eigenmittel, Vermögen und alle im Zusammenhang mit der/des beantragten Maßnahme/Projekts erzielbaren Einnahmen sowie Zuwendungen anderer (auch städtischer) Zuwendungsgeberinnen bzw. Zuwendungsgeber werden vorrangig als Deckungsmittel für alle mit der/dem beantragten Maßnahme/ Projekt zusammenhängenden Ausgaben eingesetzt.

Es wird zugesichert, dass keine Verbindlichkeiten bestehen, welche die vorgesehene Durchführung der/des beantragten Maßnahme/Projekts gefährden.

Hiermit wird bestätigt, dass weder Verbindlichkeiten, die eine zweckentsprechende Durchführung der Maßnahmen gefährden, noch Vermögenswerte, die eine zweckentsprechende Durchführung der Maßnahme auch ohne Beteiligung der Landeshauptstadt München ermöglichen würden, vorhanden sind.

Erklärung zur UN-Behindertenrechtskonvention, der EU-Grundrechtecharta und der Münchner Handlungsstrategie

Die Zuwendungsempfängerin / Der Zuwendungsempfänger erklärt, dass sich die geförderten Projekte im Rahmen der vorhandenen Mittel an den Belangen der UN-Behindertenrechtskonvention sowie an der EU-Grundrechtecharta und der Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit orientiert. Die Antragstellerin / der Antragsteller sichert zu, die Grundsätze der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ im Sinne des Beschlusses des Stadtrates vom 13.12.2017 zu berücksichtigen. Dies bedeutet auch, dass bei der Verwendung der Mittel keine Maßnahmen und Projekte, die rassistische, gemäß der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ antisemitische oder antidemokratische Inhalte haben, gefördert werden.“

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag enthaltenen Angaben wird bestätigt. Es wird die Verpflichtung übernommen, Änderungen der vorstehenden Angaben dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HAI/53 Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

Es wird versichert, dass der beantragte Zuschuss zur Finanzierung erforderlich ist.

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift(en)

Haftungserklärung¹

Dieses Formblatt ist ausschließlich von Initiativen, von nicht eingetragenen Vereinen, Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder anderen Antragsstellenden ohne eigene Rechtspersönlichkeit auszufüllen.

Antragssteller*in (Name des nicht eingetragenen Vereins, der Gesellschaft, Initiative, etc.)	
Postanschrift	
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort

Die nachfolgend aufgeführten Mitglieder des oben genannten Antragsstellers übernehmen hiermit unbeschadet des Fortbestands ihrer Mitgliedschaft die gesamtschuldnerische Haftung gegenüber der Landeshauptstadt München – Referat für Stadtplanung und Bauordnung für einen etwaigen Zuschuss.

Bei nicht ordnungsgemäßer Mittelverwendung entsteht eine Rückzahlungspflicht des bewilligten Zuschusses (zuzüglich angemessener Verzinsung) in Höhe des im Bewilligungsbescheid genannten Betrages (vgl. Ziffer 22 der Zuwendungsrichtlinien).

Ausfüllhinweis: Hier unterschreiben alle Mitglieder der Antragstellerin/des Antragstellers, die zur Übernahme der Haftung bereit und finanziell in der Lage sind, **mindestens jedoch zwei Personen**.

Familienname, Vorname	Anschrift	Unterschrift

¹ Hinweis für Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR)
Es müssen grundsätzlich alle Mitglieder der GbR den Antrag unterschreiben. Falls bereits per Gesellschaftsvertrag oder gesonderter Vollmacht (bitte beilegen, mit Namen und Anschriften der GbR-Mitglieder) das Vertretungsrecht für die GbR auf ein oder mehrere Mitglieder übertragen wurde, müssen nur diese vertretungsberechtigten Mitglieder den Antrag unterschreiben.
Alternativ können Sie durch Benennung einer/s Vertretungsberechtigten / Bevollmächtigten (Seite 1) und durch Unterschrift aller GbR-Mitglieder (auf dieser Seite) für das weitere Zuwendungsverfahren eine/ einen Vertretungsberechtigte/n für die GbR bestimmen, die / der alle weiteren Unterlagen unterschreiben kann.

Nur auszufüllen, wenn für das Projekt/die Maßnahme Zuwendungen Dritter veranschlagt werden (siehe 2.1 des Antragsformulars)

Zuwendungen anderer Dienststellen bzw. Dritter

Andere Zuwendungsgeber	Zuwendungsbetrag	Leistungsbeschreibung

Abgrenzung der Leistung des vorliegenden Antrags von oben genannten Leistungen:

Bitte geben Sie insbesondere an, welche Leistung, deren Bezuschussung mit vorliegendem Antrag beantragt wird, nicht von anderen Dienststellen gefördert wird:

Hiermit wird versichert, dass für den mit diesem Antrag beschriebenen Teil (Leistungsabgrenzung) des von mehreren anderen o.g. Dienststellen geförderten Projekts **keine** Zuwendung besteht:

Datum

Unterschrift

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Erhebung personenbezogener Daten für Ihren Antrag auf Zuwendung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München erhebt, verarbeitet und nutzt die im Rahmen des gesamten Förderverfahrens erforderlichen personen- und projektbezogenen Daten gemäß den Vorschriften der Datenschutzgrundverordnung und des Bayerischen Datenschutzgesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung, insbesondere werden diese Daten an die mit dem Zuschussverfahren befassten städtischen Dienststellen weitergegeben. Bei stadtratspflichtigen Entscheidungen werden Vor- und Nachname, Höhe des Zuschusses und Projektname in öffentlichen Stadtratsbeschlüssen genannt.
Nähere Informationen finden Sie hier: www.muenchen.de/dsgvo

Anlage 1 zum Antrag

Honorarkostenübersicht ¹			A	B	C	D
Lfd. Nr.	Name (falls bekannt)	Funktion / Aufgabe	Pauschalhonorar / Gage in €	€ pro Arbeitsstunde	Geplante Arbeitsstunden	Honorar (Ergebnis aus Spalte B x C)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
Zwischensumme von Spalte A bzw. D in €				Zwischensumme XXX	Zwischensumme XXX	
Summe aus Zwischensumme der Spalten A und D in €						

¹ Bitte tragen Sie entweder geplante Pauschalhonorare bzw. Gagen oder die geplanten Kosten pro Arbeitsstunde sowie die geplante Anzahl der Arbeitsstunden ein.